

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Bundesräte Wiesenegg, Ana Blatnik, Molzbichler, Elisabeth Kerschbaum, Schennach und KollegInnen

betreffend keine weiteren Steuermittel für die 160 km/h-Teststrecke(n)
eingebracht im Zuge der Debatte über den Sicherheitsbericht 2004 (Top 8)

Der Sicherheitsbericht zeigt in Punkt 10 verkehrspolizeiliche Angelegenheiten auf, dass es im Jahr 2004 42.657 Unfälle mit Personenschaden in Österreich gegeben hat. 55.857 Personen wurden verletzt und 878 Personen getötet. Der höchste Anteil an den tödlichen Verkehrsunfällen wurde durch nicht angepasste Fahrgeschwindigkeit (36,2%) ausgelöst. Trotz dieser dramatischen Zahlen forciert Verkehrsminister Gorbach gegen den breiten Widerstand von ExpertInnen, aber auch der Bevölkerung, die zulässige Geschwindigkeit auf gewissen Autobahnstrecken von 130 auf 160 km/h zu erhöhen.

Die von Bundesminister Gorbach initiierte 160 km/h-Teststrecke in Kärnten birgt in diesem Zusammenhang nicht nur extreme Risiken für die Autofahrer auf dem entsprechenden Autobahnabschnitt, sondern zieht auch enorme Kosten nach sich. So steht für Gorbach selbst fest, dass die entsprechenden Anlagen zur Geschwindigkeitskontrolle mindestens 5 Mio. € an Kosten für den Steuerzahler verursachen werden. Expertenschätzungen gehen von 7 Mio. € aus. Immer wieder tauchen Informationen auf, wonach weitere 160 km/h-Teststrecken geplant seien und sich dadurch die Kosten weiter dramatisch erhöhen werden.

Die unterzeichneten Bundesräte stellen daher an die Bundesregierung und die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung folgenden

Entschließungsantrag

Der Bundesrat wolle beschließen:

Entschließung

Der Bundesrat hat beschlossen:

Die Bundesregierung und die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung werden aufgefordert, kein Steuergeld für den Test eines 160 km/h-Geschwindigkeitslimits zu verschwenden und sämtliche bereits in diesem Zusammenhang veranlasste Aufträge umgehend zu stornieren.



Elisabeth Kanak

